Externe Berichtspflichten für Energieversorger

Christian Koenig, Kristina Schreiber und Margret Schellberg


Externe Berichtspflichten im EnWG und den dazugehörenden Rechtsverordnungen

Im EnWG sind drei wesentliche Instrumente zur Wettbewerbsförderung aufzufinden, die auch die interne Kommunikation und die Berichtspflichten der Stromversorger beeinflussen, nämlich die Netzzugangs-, die Netzentgeltsregulierung und das Unbundling [5]. Anhand dieser Instrumente lassen sich auch die externen Berichtspflichten aufteilen.

Berichtspflichten gegenüber der Regulierungsbehörde anlässlich des Unbundlings

Gegenüber der Regulierungsbehörde hat das vertikal integrierte Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unbundling in seinen verschiedenen Erscheinungsformen einige Pflichten, die in § 8 Abs. 5 EnWG fixiert sind, nämlich die Erstellung und Übermittlung von Verknüpfungsplänen und einem Jahresbericht:


Berichtspflichten gegenüber der Regulierungsbehörde anlässlich der Entgeltregulierung und der künftigen Anreizregulierung

Neben diesen das Unbundling betreffenden Berichtspflichten hat der Netzbetreiber weitere Berichtspflichten gegenüber der Regulierungsbehörde, die maßgeblich die Durchführung der Entgeltregulierung sicherstellen sollen. Gem. § 21 abs. 3 EnWG I. v. m. § 26 StromNEV sind Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen verpflichtet, der Regulierungsbehörde auf Verlangen die für eine konsistente und an den Zielen des § 1 EnWG orientierte Entgeltbildung erforderlichen Informationen zukommen zu lassen. Diese Informationen kann die Regulierungsbehörde im Rahmen der Durchführung des Vergleichsverfahrens abfragen. Zu diesen Informationen gehört u. a. die Dokumentation nach § 26 StromNEV. Diese muss die Ermittlung der Netzentgelte umfassend darstellen, insbesondere muss die Dokumentation eine Darlegung der Kosten- und Erlösseite enthalten. Alle in dieser Dokumentation enthaltenen Informationen sind gem. § 28 Abs. 1 S. 3 StromNEV so aufzubereiten, dass sie einen sachkundigen Dritten in die Lage versetzen, ohne weitere Informationen die Ermittlung der Netzentgelte vollständig nachvollziehen zu können. Die Regulierungsbehörde kann die Form, den Umfang und den Zeitpunkt durch Festlegung nach § 29 EnWG bestimmen. Ebenfalls für die Durchführung des Vergleichsverfahrens notwendig sind die Angaben des § 24 Abs. 4 StromNEV, die jeweils jährlich zum 1. April getrennt nach Netz- und Umspannebenen an die Regulierungsbehörde zu übermitteln sind. Abgesehen davon sind die Netzbetreiber bei Beantragung eines Entgelts gem. § 23a EnWG verpflichtet, dem Antrag auf Genehmigung des Entgelts die erforderlichen Unterlagen beizufügen. Die Unterlagen müssen die in § 23a Abs. 3 S. 4 EnWG aufgeführten Informationen enthalten. Aber auch darüber hinaus kann die Regulierungsbehörde die Vorlage weiterer Angaben fordern. Was allerdings die erforderlichen Unterlagen sind und wann die Genehmigungsfiktion gem. § 23a EnWG eingetreten ist, war bereits Inhalt gerichtlicher Auseinandersetzung [10].

Anlässlich der Einführung der Anreizregulierung im Wege einer Verordnung auf der Grundlage von § 21a abs. 4 S. 1 i. v. m. § 24 EnWG zeichnen sich weitere Berichtspflichten ab: So sieht § 27 Abs. 1 des ARegV[11] vor, dass der Regulierungsbehörde eine umfangreiche Erhebung der dort genannten Daten durchgeführt wird. Ferner kann die Bundesnetzagentur gem. § 27 Abs. 2 ARegV die zur Evaluierung des Anreizregulierungssystems und zur Erstellung der Berichte nach § 33 ARegV notwendigen Daten erheben. Hinsichtlich der Frage, welche Daten notwendig sind, wird die Bundesnetzagentur wohl einen weiter Beurteilungsspielraum zugestanden werden [12]. § 28 ARegV sieht darüber hinaus umfangreiche Mitteilungspflichten für die Netzbetreiber vor. Von besonderer Bedeutung ist die Sanktionsnorm des § 30 ARegV. Über den Betreiber die Daten zu versenden oder die Daten zu übergeben, ergeben.Sie kann, soweit diese Daten für die Bestimmung der Erlösgröße notwendig sind, die Regulierungsbehörde die Daten des letztverfügbaren Kalenderjahres verwenden, in einem zweiten Schritt eine Schätzung durchführen oder die Daten einer Referenznetzanalyse heranziehen [13]. Der Berichtspflichten nicht genügt, sieht § 21 ARegV auch hinsichtlich der Investitionsverhaltens eine Berichtspflicht vor. Allerdings ist der Bericht erst ab der zweiten Regulierungsperiode und nur auf Anforderung der Regulierungsbehörde zu erstellen.

Berichtspflichten gegenüber der Regulierungsbehörde anlässlich der Zugangsregulierung

Bei den anlässlich der Zugangsregulierung bestehenden Berichtspflichten muss zwischen den Pflichten des Übertragungsnetzbetreibers und des Verteilnetzbetreibers, also anhand der adressierten Einheit innerhalb des vertikal integrierten Unternehmens, noch einmal genauer unterschieden werden:


Berichtspflichten gegenüber Dritten

Die gesetzlich angeordneten Berichtspflichten gegenüber Dritten haben ihren Ursprung zumeist in dem Ziel, einen diskriminierungsfreien und reibungslosen Zugang zum Netz zu ermöglichen bzw. gegenüber der Öffentlichkeit eine größtmögliche Transparenz herzustellen.


Netzbetreiber müssen die Ergebnisse der Differenzbilanzierung jährlich im Internet veröffentlichen (§ 12 Abs. 3 S. 3 StromNZV) [15]. Übertragungsnetzbetreiber sind ferner nach § 5 Abs. 3 S. 2 StromNZV zur Veröffentlichung nachträglicher Fahrplanänderungen und gemäß § 9 Abs. 2 StromNZV zur Veröffentlichung der Ausschreibungen und gemeinsamen Angebotskurven für Regelenergie verpflichtet. Verteilnetzbetreiber müssen gemäß § 13 Abs. 3 S. 5 StromNZV den Preis für Jahres- und Jahresminderungen im Internet veröffentlichen.

Externe Berichtspflichten bestehen ferner für Netzbetreiber im Zusammenspiel mit dem Netzanschluss. Für Gemeindegebiete, in denen Netzbetreiber ein Energieversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung von Leitverbrauchern betreiben, müssen diese die allgemeinen Bedingungen für den Netzanschluss und die Anschlussnutzung von Leitverbrauchern gemäß § 18 Abs. 1 S. 1 EnWG regelmäßig veröffentlichen. Darüber hinaus müssen sie alle drei Jahre, jeweils zum 1. Juli, den Grundversorger feststellen und diesen bis zum 30. September im Internet veröffentlichen und der nach Landesrecht zuständigen Behörde schriftlich mitteilen (§ 36 Abs. 2 EnWG). Darüber hinaus müssen nach § 19 Abs. 1 EnWG die entsprechenden technischen Angaben im Internet veröffentlicht werden. § 4 Abs. 2 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Nieder- und Oberfranken (NAV) verpflichtet die Netzbetreiber, jedem Neukunden bei Entstehen eines Anschluss- (nutzungs-)verhältnisses und auf Verlangen den bisherigen Kunden die allgemeinen Bedingungen unentgeltlich auszuhändigen und im Internet zu veröffentlichen. Änderungen der ergänzenden Bedingungen müssen, um wirksam zu werden, nach § 4 Abs. 3 NAV öffentlich bekannt gemacht bzw. im Falle technischer Anschlussbedingungen der Regulierungsbehörde mitgeteilt werden.

§ 25 Abs. 2 S. 2 NAV verlangt darüber hinaus die Bekanntmachung des Netzbetreiberwechsels, wenn ein anderes Unternehmen in die sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des bisherigen Netzbetreibers eintritt.

Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind gem. § 36 Abs. 1 EnWG in Netzgebieten, in denen sie die Grundversorgung von Haushaltskunden durchführen, zur Veröffentlichung der allgemeinen Bedingungen und Preise für die Versorgung im Internet verpflichtet.


Die Anreizregulierung führt zu keinen eigens dem Netzbetreiber auferlegten Berichtspflichten. Allerdings ist in § 31 Abs. 1 S. 1 ARegV vorgesehen, dass eine Veröffentlichung der nach §§ 12-15 ermittelten Effizienzwerte netzbetreiberbezogen nicht anonymisiert erfolgt. In § 31 Abs. 1 S. 2 ARegV ist festgelegt, dass auch weitere Daten wie die Kennzaholvergaben sowie die Abweichung der jeweiligen Netzbetreiber von diesen Vorgaben und der nach § 24 ARegV ermittelte gemittelte Effizienzwert veröffentlicht werden. Des Weiteren sieht § 31 Abs. 2 ARegV die Veröffentlichung der nach § 22 ARegV ermittelten Effizienzwerte vor.

Offenlegung von Informationen in nichtdiskriminierender Weise gem. § 9 Abs. 2 EnWG: Nach § 9 Abs. 2 EnWG haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber Informationen über die eigene Tätigkeit als Netzbetreiber, die wirtschaftliche Vorteile bringen können [16], in nichtdiskriminierender Weise offen zu legen, wenn sie sich für eine Offenlegung entscheiden. Alternativ sind diese wirtschaftlich sensiblen Infor-
mationen über eigene Tätigkeiten als Netzbetreiber vertraulich zu behandeln, wie es in § 9 Abs. 1 EnWG für im Rahmen der Geschäftstätigkeit als Netzbetreiber erlangte wirtschaftlich sensible Informationen zwingend vorgeschrieben ist. Indirekt führt auch diese Vorschrift zu einer externen Berichtspflicht. Denn findet eine Offenlegung der Informationen gegenüber einem Dritten (beispielsweise gegenüber dem eigenen Vertrieb) statt, so dienen die Wahrung der Diskriminierungsfreiheit diese Informationen gleichzeitig sämtlichen (potenziellen) Netznutzern zugänglich gemacht werden [17]. Für die vertikal integrierten Unternehmen und Netzbetreiber folgt aus § 9 Abs. 2 EnWG in diesem Fall eine Berichtspflicht gegenüber Dritten.

Informationspflicht gem. § 42 EnWG: Mit dem Ziel des Verbraucherschutzes verpflichtet § 42 EnWG Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Stromkennzeichnung in ihren Rechnungen an Letztverbraucher i. S. d. § 3 Nr. 25 EnWG [18]. Diese externe Berichtspflicht gegenüber Letztverbrauchern wird in den Absätzen 1 bis 4 und 6 konkretisiert. Um dieser Pflicht genügen zu können, sind darüber hinaus nach § 42 Abs. 5 EnWG die Erzeuger und Vorlieferanten von Elektrizität gegenüber den Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Information verpflichtet: Erzeuger und Vorlieferanten unterliegen auf Anforderung einer Berichtspflicht, die es den Elektrizitätsversorgungsunternehmen ermöglicht, ihrer eigenen Berichtspflicht nach § 42 Abs. 1 EnWG zu genügen.

Externe Berichtspflichten der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003


Schließlich kann die Kommission gem. Art. 10 Abs. 2 bis Abs. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003 von ihr benötigte Informationen, soweit dies für die Aufgaben erfüllung erforderlich ist [23], unmittelbar bei den entsprechenden Unternehmen anfordern. Werden diese Informationen nicht oder unvollständig erteilt, können Sanktionen vorgesehen werden. Die betroffenen Unternehmen müssen daher auch für ein etwaiges Auskunftsersuchen der Kommission die notwendigen Daten vorhalten und ggf. aufbereiten.

Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der externen Berichtspflichten


Anmerkungen

[1] Siehe zur Erhebung von Unternehmenstaten durch die Bundesnetzagentur auch www.bundesnetzagentur.de/en/29f8a2351172e4721a8 21ee3c2b9d139a1/Elektrizitaet/Gas/Erhebung_von_Unternehmensdaten_1.html

[15] Diese Pflicht gilt nach § 12 Abs. 3 S. 4 StromGZV nicht für Betreiber von Verteilnetzen mit weniger als 100.000 Kunden.
[21] Siehe Mitteilung der Kommission (Fr. 20), S. 11 (4), (22) Siehe Mitteilung der Kommission (Fr. 20), S. 11 (6).


Prof. Dr. C. Koenig LL.M. (LSE), Direktor, K. Schreiber und Dr. M. Schellberg, Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
ch.koenig@uni-bonn.de

Wofür Stromversorger zur Kasse bitten

Durchschnittliche monatliche Stromkosten eines 3-Personen-Haushalts in Euro

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Abgabe</th>
<th>Erzeugung, Transport und Vertrieb</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1998</td>
<td>64,00</td>
<td>12,36</td>
</tr>
<tr>
<td>1999</td>
<td>61,30</td>
<td>11,97</td>
</tr>
<tr>
<td>2000</td>
<td>58,50</td>
<td>11,70</td>
</tr>
<tr>
<td>2001</td>
<td>55,70</td>
<td>11,53</td>
</tr>
<tr>
<td>2002</td>
<td>53,90</td>
<td>11,36</td>
</tr>
<tr>
<td>2003</td>
<td>52,10</td>
<td>11,19</td>
</tr>
<tr>
<td>2004</td>
<td>50,30</td>
<td>11,02</td>
</tr>
<tr>
<td>2005</td>
<td>48,50</td>
<td>10,85</td>
</tr>
<tr>
<td>2006</td>
<td>46,70</td>
<td>10,68</td>
</tr>
<tr>
<td>2007</td>
<td>44,90</td>
<td>10,51</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: VDKW

ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE TAGESFRAGEN 57, Jg. (2007) Heft 8